

Niederschrift

**über die 12. Sitzung des verfahrensbegleitenden Ausschusses (vbA) zum
Regionalen Flächennutzungsplan der Planungsgemeinschaft Städtregion Ruhr
(Bochum, Essen, Gelsenkirchen, Herne, Mülheim an der Ruhr und Oberhausen)**

am Freitag, 30. November 2018, 13:05 Uhr – 14:05 Uhr

Rathaus, Stadt Essen, Porscheplatz 1, 45121 Essen

Anwesende:

Mitglieder:	Dr. Peter Reinirkens	Stadt Bochum
	Simone Gottschlich	Stadt Bochum
	Roland Mitschke	Stadt Bochum
	Barbara Jessel	Stadt Bochum
	Uwe Kutzner	Stadt Essen
	Christoph Kersch	Stadt Essen
	Silke Ossowski	Stadt Gelsenkirchen
	Werner Wöll	Stadt Gelsenkirchen
	Burkhardt Wüllscheidt	Stadt Gelsenkirchen
	Barbara Merten	Stadt Herne
Pascal Krüger	Stadt Herne	
Dieter Wiechering	Stadt Mülheim an der Ruhr	
Oliver Willems	Stadt Mülheim an der Ruhr	
Christina Küsters	Stadt Mülheim an der Ruhr	
Ursula Schröder	Stadt Mülheim an der Ruhr	
Hans-Hermann Stollen	Stadt Mülheim an der Ruhr	
Regina Wittmann	Stadt Oberhausen	
Verwaltung:	Hans-Jürgen Best	Stadt Essen
	Felix Blasch	Mülheim an der Ruhr
	Andreas Borchardt	Stadt Bochum
	Jörg-Peter Rogge	Stadt Herne
	Uwe Kraus	Stadt Oberhausen
Gäste:	./.	
Schriftführerin:	Birgit Mollen	Stadt Essen
Es fehlten entschuldigt:	Martin Harter	Stadt Gelsenkirchen
	Dr. Markus Bradtke	Stadt Bochum
	Karlheinz Friedrichs	Stadt Herne
	Prof. Peter Vermeulen	Stadt Mülheim an der Ruhr

Sabine Lauxen	Stadt Oberhausen
Michael Bongartz	RVR
Guntmar Kipphardt	Stadt Essen
Elisabeth Majchrzak-Frensel	Stadt Herne
Dr. Klaus Haertel	Stadt Gelsenkirchen
Ulrich Syberg	Stadt Herne

Drucksachen	TOP Beratungsgegenstand	Nummer
A) <u>Öffentlicher Teil</u>		
1.	Abstimmung der Tagesordnung	
2.	Abwägungsbeschluss über die Anregungen und Stellungnahmen aus der frühzeitigen und förmlichen Beteiligung, über das Ergebnis der Erörterung sowie Feststellungsbeschluss/Aufstellungsbeschluss für ein Änderungsverfahren zum Regionalen Flächennutzungsplan (RFNP): 22 MH: Düsseldorfer Straße / Kassenberg Referent: H. Blasch, Mülheim an der Ruhr	001
3.	Sitzungstermine 2019	002
4.	Aktuelle Entwicklungen in der Region	
	• Gemeinsame Stellungnahme der Planungsgemeinschaft Städteregion Ruhr zum Entwurf des Regionalplans Ruhr	003
	• Gemeinsame Stellungnahme der Planungsgemeinschaft Städteregion Ruhr zum „Handlungsprogramm zur räumlichen Entwicklung der Metropole Ruhr“ des Regionalverbandes Ruhr	004
5.	Anträge	
6.	Anfragen von Ausschussmitgliedern	
7.	Mitteilungen der Verwaltung	
B) <u>Nichtöffentlicher Teil</u>		
	./.	

Der stellv. Ausschussvorsitzende, Herr Dieter Wiechering, eröffnet um 13:05 Uhr die zwölfte Sitzung des vbA zum Regionalen Flächennutzungsplan der Städte Bochum, Essen, Gelsenkirchen, Herne, Mülheim an der Ruhr und Oberhausen und heißt die Anwesenden im Rathaus der Stadt Essen herzlich willkommen. Herr Wiechering teilt mit, dass Herr Kipphardt im Krankenhaus liege. Er wünscht ihm im Namen des Ausschusses auf diesem Wege alles Gute und bittet die Fraktionskollegen baldige Genesungswünsche auszurichten.

Hinweis: Nach Einschätzung der Projektgruppe RFNP im Vorfeld der Sitzung war dem RVR signalisiert worden, dass eine Teilnahme von H. Bongartz nicht notwendig sei. Der Anforderung eines Vertreters des RVR von Seiten der Politik im Vorfeld der Sitzung konnte nicht entsprochen werden, da H. Bongartz erkrankt war. Der Umfang der Sitzungsunterlagen machte die kurzfristige Organisation einer „sprachfähigen“ Vertretung für den RVR nicht möglich.

Er stellt nunmehr fest, dass die Unterlagen für die heutige Sitzung fristgerecht übersandt wurden.

1. Abstimmung der Tagesordnung

Herr Wiechering ruft die Tagesordnung auf. Herr Dr. Reinirkens, Bochum bittet darum die DS 003 heute nur als eingebracht zu betrachten. Frau Schröder, Mülheim, schließt sich dieser Bitte an. Die Beratung solle erst im nächsten Jahr stattfinden. Herr Wüllscheidt, Gelsenkirchen, schließt sich dem ebenfalls an. Es folgt eine fraktionsübergreifende Diskussion mit folgendem Tenor: Eine Beschlussempfehlung auf der heutigen Sitzung wird wegen noch bestehender Diskussionsbedarfe in den Fraktionen als noch nicht möglich erachtet. Andererseits wird eine fristgerechte gemeinsame Stellungnahme als erforderlich angesehen. Herr Mitschke betont, eine Beschlussfassung in der Sitzung des vbA RFNP am 15.02.19 sei für eine fristgerechte Stellungnahme ausreichend. Die kommunale Beratung könne parallel stattfinden. Herr Kerscht, Essen, bittet um einen vbA Sitzungstermin im Januar 2019 zur Beschlussempfehlung des vbA vor Beratung in den kommunalen Gremien. Herr Mitschke führt aus, der Entwurf der gemeinsamen Stellungnahme zum Regionalplan sei die Grundlage für die politischen Beratungen in den Kommunen, Änderungswünsche zur Stellungnahme aus den kommunalen Gremien könnten dann im vbA zusammengeführt werden. Herr Klose, Gelsenkirchen, stellt die vorberatende Funktion des vbA klar, der lediglich Beschlussempfehlungen für die kommunalen Gremien abgeben könne.

Herr Wüllscheidt, Gelsenkirchen, ergänzt, man solle die Rollen des vbA und der Räte ernst nehmen. Herr Dr. Reinirkens, Bochum, macht deutlich man habe kein Interesse an einer Zeitverzögerung der Stellungnahme zur RVR Planung. Hierzu besteht Einvernehmen der Fraktionen. Herr Best ergänzt, der RVR habe ein Planwerk aufgestellt. Jetzt werden dazu die Stellungnahmen der Städte erbeten. Die Planungsgemeinschaft hat eine gemeinsame Stellungnahme verfasst. Seitens des RVR wird hierzu, vergleichbar mit B-Planverfahren, eine Abwägung vorgenommen. Kritische Formulierungen in der Stellungnahme zum Umweltbericht seien dementsprechend für den RVR im Verfahren beherrschbar.

Herr Kerscht führt hierzu aus, dass der Umweltbericht zum Entwurf des Regionalplanes Ruhr durch ein externes Büro erstellt worden sei, das auch den Umweltbericht für den LEP Düsseldorf erstellt hat. Der Umweltbericht sei insgesamt sehr detailliert und gut dargestellt. Es wird vorgeschlagen, den zu „Kapitel 8: Gesamtplanbetrachtung formulierten Satz „Die Gesamtplanbetrachtung entspricht nicht den gesetzlichen Anforderungen“ zu streichen (S. 54). Die Formulierung und die Tatsache, dass dieser Satz unter Überschrift „Gesamtplanbetrachtung“ stehe, verleihe der Formulierung besonderes Gewicht.

Herr Dr. Reinirkens bezeichnet viele Anregungen aus der Planungsgemeinschaft zum Umweltbericht als sehr gut. Allerdings sei für die Umweltprüfung des Regionalplans nicht derselbe Standard wie beim RFNP anzulegen.

Herr Kerscht, Essen, fügt hinzu, dass der vbA auch zukünftig im GFNP als Planungsgemeinschaft gemeinsame Stellungnahmen abgeben solle, daher sei weiterhin eine Vorabstimmung in diesem Gremium wichtig. Ein gemeinsames Ergebnis solle im Vordergrund stehen, daher beantragen die Grünen eine Sondersitzung im Januar zu dem Thema.

Herr Mitschke erwidert, dass mehr Zeit innerhalb der Fraktion zur Beratung erforderlich sei und schlägt erneut eine Befassung am 15.02.19 vor. Herr Kerschert erneuert seinen Vorschlag einer Sondersitzung im Januar und schlägt den 18.01.19 vor.

Herr Wiechering stellt diesem Beschlussvorschlag einer Sondersitzung zur Stellungnahme zum Entwurf Regionalplan am 18.01.2019 zur Abstimmung: Die Abstimmung erfolgt per Handzeichen: Grüne und SPD 11 Stimmen dafür, CDU dagegen. Damit wird eine Sondersitzung am 18.01.2019 mehrheitlich beschlossen.

Die Tagesordnung wird einstimmig genehmigt.

2. Abwägungsbeschluss über die Anregungen und Stellungnahmen aus der frühzeitigen und förmlichen Beteiligung, über das Ergebnis der Erörterung sowie Feststellungsbeschluss/Aufstellungsbeschluss für ein Änderungsverfahren zum Regionalen Flächennutzungsplan (RFNP): **001**
22 MH: Düsseldorfer Straße / Kassenberg
Referent: H. Blasch, Mülheim an der Ruhr

Herr Blasch, Stadt Mülheim an der Ruhr, erläutert einleitend anhand einer Power-Point-Präsentation die wesentlichen Inhalte des Mülheimer Änderungsverfahrens. Bei dem ca. 2,8 ha umfassenden Änderungsbereich handelt es sich um die „Alte Lederfabrik Lindgens“. Auf die Inhalte der PP wird verwiesen. Es gäbe keine nachteiligen Auswirkungen eines Metallveredelungsbetriebes. Für das nächste Jahr sei ein städtebaulicher Wettbewerb geplant.

Zu dem Änderungsverfahren gibt es keine Anmerkungen.

Der Ausschuss empfiehlt den Räten der beteiligten Städte folgenden Beschluss zu fassen:

Der Rat der Stadt <Name> beschließt gemäß den Vorgaben des Raumordnungsgesetzes (ROG) und des Landesplanungsgesetzes (LPIG NRW), jeweils in der geltenden Fassung sowie des Baugesetzbuches (BauGB) in der bis zum 12. Mai 2017 gültigen Fassung (*Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2414) geändert durch Gesetz vom 20.10.2015 (BGBl. I S. 1722)*) i.V.m. der Gemeindeordnung NRW (GO NRW) die Änderung des Regionalen Flächennutzungsplanes (RFNP):

22 MH (Düsseldorfer Straße/Kassenberg) nach vorangegangener Prüfung und Entscheidung über die im Verfahren abgegebenen und in der Anlage aufgeführten Stellungnahmen.

Die Änderung besteht aus Plan, Textteil und beigefügter Begründung einschließlich Umweltbericht.

Die Beschlussfassung zu den Verfahren erfolgt einstimmig.

Der verfahrensbegleitende Ausschuss beschließt an den folgenden Sitzungsterminen 2019 zu tagen:

Freitag, den 18.01.2019, um 13.00 Uhr (Sondersitzung zum Thema Regionalplan Ruhr)

Freitag, den 15.02.2019, um 13.00 Uhr

Freitag, den 10.05.2019, um 13.00 Uhr

Sitzungsort ist das Rathaus der Stadt Essen, die Vorbesprechungen beginnen jeweils 30 Minuten vor der Sitzung.

Der Sitzungstermin für die Sondersitzung wurde vorab mehrheitlich beschlossen.

Alle weiteren Sitzungstermine werden einstimmig beschlossen.

4. Aktuelle Entwicklungen in der Region

- **Gemeinsame Stellungnahme der Planungsgemeinschaft Städteregion Ruhr zum Entwurf des Regionalplans Ruhr**

003

Herr Best erläutert anhand einer Power-Point-Präsentation die formalen Rahmenbedingungen für die Gemeinsame Stellungnahme zum Regionalplan Ruhr und unterstreicht nochmals das mehrjährige kooperative und transparente Erarbeitungsverfahren.

Herr Dr. Reinirkens erfragt warum in der Stellungnahme zum Umweltbericht wiederholt kontrastierend auf den RFNP verwiesen werde. Für die Regionalplanung sei hier ein anderes Vorgehen grundsätzlich nachvollziehbar. Die Aussage der Umweltbericht sei nicht gesetzeskonform, könne nicht mitgetragen werden.

Herr Kersch wiederholt, die Stellungnahme zum Umweltbericht sei insgesamt sehr detailliert und gut dargestellt. Es wird vorgeschlagen, den zu „Kapitel 8: Gesamtplanbetrachtung formulierten Satz „ Die Gesamtplanbetrachtung entspricht nicht den gesetzlichen Anforderungen“ zu streichen (S. 54). Die Formulierung und die Tatsache, dass dieser Satz unter Überschrift „Gesamtplanbetrachtung“ stehe, verleihe der Formulierung besonderes Gewicht. Die Verwaltung stimmt der Streichung dieses Satzes zu. Bezüglich des Umweltberichtes wird eine zeitnahe Kontaktaufnahme zum Austausch mit dem RVR bzw. dem beauftragten Gutachter zugesagt.

Herr Dr. Reinirkens ergänzt: Es gäbe Auffassungsunterschiede im methodischen Vorgehen zum Umweltbericht und fragt nach ob es aus dem übrigen Kreisen oder kreisfreien Städte bereits einen „Tenor“ zum Umweltbericht gäbe? Diese wurde seitens des Sprechers der Arbeitsebene verneint. Soweit bisher bekannt fokussieren sich die Stellungnahmen auf die planerischen Inhalte des Regionalplan-Entwurfs.

Es wird vereinbart, dass Änderungsanträge der Fraktionen zum Entwurf der gemeinsamen Stellungnahme bis eine Woche vor der vereinbarten Sitzung, also bis zum 11.01.19 eingereicht werden sollen.

Da es sich in der heutigen Sitzung nur um eine Einbringung handelt, wird keine Beschlussfassung erforderlich. Der Ausschuss nimmt die DS 003 zur Kenntnis.

- **Gemeinsame Stellungnahme der Planungsgemeinschaft Städteregion Ruhr zum „Handlungsprogramm zur räumlichen Entwicklung der Metropole Ruhr“ des Regionalverbandes Ruhr** 004

Herr Best erläutert anhand einer Power-Point-Präsentation die wesentlichen Kernaussagen zum Handlungsprogramm zur räumlichen Entwicklung der Metropole Ruhr. Es handelt sich um ein informelles Konzept.

Es gibt hierzu keine Wortmeldungen.

Der Ausschuss empfiehlt den zuständigen Gremien der beteiligten Städte der gemeinsamen Stellungnahme der Planungsgemeinschaft zum Handlungsprogramm zur räumlichen Entwicklung der Metropole Ruhr zuzustimmen.

Die Beschlussfassung zu dem Verfahren erfolgt einstimmig.

5. **Anträge**

./.

6. **Anfragen von Ausschussmitgliedern**

./.

7. **Mitteilungen der Verwaltung**

Die Präsentationen zu den Tagesordnungspunkten 2. bis 4. sind als Anlage beigefügt und stehen zusätzlich auf der Internetseite der Städteregion Ruhr unter <http://www.staedteregion-ruhr-2030.de> als Download bereit.

Der öffentliche Teil der Sitzung wird um 14.05 Uhr geschlossen.

B) Nicht öffentlicher Teil

./.

Zum nicht öffentlichen Teil gibt es keine Wortmeldungen.

Die Sitzung wird um 14.05 Uhr geschlossen.

Da es sich um die letzte Ausschusssitzung 2018 handelt, dankt Herr Wiechering den Ausschussmitgliedern und der Verwaltung für die konstruktive Mitarbeit und Unterstützung.

Er wünscht Allen eine schöne Vorweihnachtszeit.

gez. Wiechering
stellv. Ausschussvorsitzender

gez. Mollen
Schriftführerin

Anlagen